

# Beschlüsse und Überweisungen des 38. Landesparteitages

38. Landesparteitag  
am 18.11.2023 in Chemnitz

## Beschlüsse

Beschluss (Antrag des Landesvorstands - 1)

Betreff:

Schnelle Hilfe für unsere Landwirte

Der Landesparteitag beschließt:

Die Landwirtschaft ist eine unverzichtbare Säule unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Im Hinblick auf die Ernährungssicherheit, die ländliche Entwicklung und den Umweltschutz ist sie von herausgehobener Bedeutung.

Unser Freistaat ist bekannt für seine innovative und leistungsfähige Landwirtschaft. 7.000 Landwirtinnen und Landwirte stehen für die große Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe in Sachsen: vom Nebenerwerbsbetrieb über Agrargenossenschaften und neue Segmente. Sie alle geben dem ländlichen Raum im Freistaat ein Gesicht und wirtschaftliche Stärke.

Wir unterstützen die Landwirte bei dieser wichtigen Aufgabe: Wir wollen, dass sie moderne Technologien und im Einklang mit Natur und Umwelt nutzen, um so eine effiziente und nachhaltige Produktion zu ermöglichen.

Durch gezielte Investitionen in Forschung und Bildung sollen neue Methoden und Technologien entwickelt werden, um eine noch effizientere und nachhaltigere Produktion zu ermöglichen.

Als Sächsische Union sind wir verlässlicher Partner der Landwirte.

Gerade im internationalen Wettbewerb und vor dem Hintergrund stetig steigender Kosten sowie vor allem staatlich vorgegebener Auflagen und Aufgaben braucht die Landwirtschaft Unterstützung von Land, Bund und der Europäischen Union.

Aktuell warten rund 7.000 landwirtschaftliche Betriebe in Sachsen auf etwa 241 Millionen Euro Fördergeld aus den EU-Direktzahlungen. Diese wurden in den vergangenen Jahrzehnten stets im Dezember ausgezahlt. Durch die voraussichtlich stark verspätete, erst im nächsten Jahr erfolgende Auszahlung, stehen einige Betriebe vor erheblichen Liquiditätsengpässen.

Die Ursachen für die Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz dieser Landwirte liegt im Staatsministerium von Wolfram Günther (Bündnis 90/Die Grünen). Ende Oktober räumte der Staatsminister selbst ein, dass es zu diesen Verzögerungen

durch Probleme bei der Softwareanpassung in seinem Haus kommt. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, wieso Staatsminister Günther in seinem Ministerium zusätzlich 95 Stellen geschaffen hat, aber nicht die Erfüllung wichtiger Aufgaben im Ministerium absichern kann. Dies wiegt umso schwerer, weil in allen anderen Ländern mindestens Teilzahlungen, wenn nicht gar die Gesamtzahlungen geleistet werden.

Mit der wirtschaftlichen Lebensgrundlage der Menschen, die sich um die Erzeugung unserer Lebensmittel kümmern, darf nicht so leichtfertig umgegangen werden. Deswegen erwarten wir eine Abschlagszahlung der ausstehenden Summe kurzfristig bis Jahresende an die Landwirtinnen und Landwirte. Für den Rest muss eine vernünftige und unbürokratische Lösung zum Beispiel in Form zinsloser Darlehen gefunden werden.

Kein landwirtschaftlicher Betrieb darf durch das nachlässige Agieren im Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft gefährdet werden.

Dieses aktuelle Beispiel zeigt einmal mehr: In der Landwirtschaftspolitik braucht es wieder Verlässlichkeit und Sachkompetenz.

Dafür stehen wir als Sächsische Union.

Beschluss (Antrag des Landesvorstands - 2)

Betreff:

Sachsen ans Wasserstoff-Kernnetz umfänglich anschließen

Der Landesparteitag beschließt:

Laut Plänen der Ampel-Regierung soll Sachsen nur unzureichend an das geplante Wasserstoff-Kernnetz angeschlossen werden. Strategisch kluge Anschlüsse wie bspw. Chemnitz sowie die gesamte Region Südwestsachsen, Boxberg, Görlitz in Richtung Polen, Zittau in Richtung der Tschechischen Republik, Leipzig in Richtung Profen und Sayda/Freiberg wurden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klima nicht berücksichtigt. Der zu enge Fokus auf aktuelle Bedarfskriterien wird der strategischen Bedeutung dieses Netzausbaus nicht gerecht.

Gerade im Bereich von Zukunftstechnologien braucht es aber einen weiten Blick, eine kluge strategische Ausrichtung und die richtigen Weichenstellungen, damit Innovation befördert wird, unsere heimische Wirtschaft profitieren kann und sich neue Betriebe ansiedeln. In Chemnitz ist mit dem Innovationscluster HZwo eines

der größten Wasserstoffzentren in ganz Deutschland entstanden. Jetzt muss auch der Netzanschluss folgen!

Wir in Sachsen haben das Potenzial erkannt, Strukturen gefördert und angesiedelt und wollen unseren Beitrag zum klimaneutralen Industriestandort Deutschland leisten. Diese Aufgabe kann aber nur in guter föderaler Tradition gelingen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima macht hier einen entscheidenden Fehler und trägt mit seinen Plänen nur unzureichend dazu bei, dass Sachsen an das Wasserstoff-Kernnetz angeschlossen wird.

Wir erwarten von der Ampel-Regierung, die Pläne gründlich zu prüfen und kluge Klima- und Wirtschaftspolitik zu betreiben, die mit Vernunft, Weitsicht und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen für die Zukunft trifft und diese dann auch entsprechend umsetzt.

Wir, als Sächsische Union, drängen darauf, dass die Bundesregierung diese Sicherheit schnellstmöglich schafft. Es muss ein klares Bekenntnis zum Wasserstoffland Sachsen auch seitens des Bundes geben.

Es geht hier auch um die Zukunft ganzer Regionen. Transformationsprozesse brauchen zum Gelingen Planungssicherheit, genauso wie die zur Transformation nötigen Investitionen in die erforderliche Infrastruktur!

Beschluss (Antrag des Landesvorstands - 3)

Betreff:

Irrweg Bürgergeld korrigieren – zurück zum Fördern und Fordern

Der Landesparteitag beschließt:

Die Soziale Marktwirtschaft wurde in Deutschland von Ludwig Erhard mit dem Ziel begründet, dass Menschen im Wirtschaftsprozess nicht bloßes Objekt sein sollen, sondern handelndes und gestaltendes Subjekt sind. Bürgerinnen und Bürger sollen also aktiv am wirtschaftlichen Leben teilnehmen, es gestalten und nach ihren Vorstellungen mitformen. Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf der freien Entscheidung und dem Zutrauen in die Fähigkeiten des Einzelnen und der Idee einer ordnenden Politik des Staates, die gleichzeitig den sozialen Ausgleich sucht.

Durch das von der Ampel-Koalition eingeführte Bürgergeld werden dieser Grundsätze unserer Sozialen Marktwirtschaft, dem Ursprung für Wohlstand in unserem Land, ausgehöhlt und infrage gestellt.

Auf der einen Seite werden Mittel für Eingliederungen in den Arbeitsmarkt im Haushalt nicht ausreichend eingestellt, auf der anderen Seite werden durch die Aufgabe von Sanktionen und Aufweichung der Mitwirkungspflichten Anreize geschaffen, sich nicht aktiv um neue Arbeit zu bemühen. Dies zeigt sich auch an der schrumpfenden Wahrnehmung von Terminen und einer geringeren Bereitschaft zur Mitwirkung in den Jobcentern.

Durch die fragwürdige Umgestaltung und Umsetzung des Systems werden Bürgerinnen und Bürger einfach alimentiert, ohne ihnen Perspektiven zu eröffnen, Qualifizierung zu ermöglichen und einen Rahmen für die individuelle berufliche Entfaltung zu schaffen. Der Antrieb für Engagement im Berufsleben wird sinken und das Vertrauen in Bildung und das eigene Schaffen als Möglichkeit zum sozialen Aufstieg spürbar beschädigt.

Diese Politik führt gleichzeitig zur zunehmenden Stigmatisierung von Bürgergeldbeziehern, da man ihnen in der Breite unterstellt, nicht mitzuwirken. Dies betrifft jedoch lediglich eine Minderheit. Wir sind gegen eine solche Politik, die zur Stigmatisierung von Menschen führt und wollen durch klare Regeln gewährleisten, dass all jene Leistungen erhalten, die trotz aller Bemühungen ihren Mindestlebensstandard nicht aus eigener Kraft bestreiten können.

Die Mitwirkungspflicht und Sanktionsmöglichkeit ist kein Selbstzweck. Menschen schnellstmöglich wieder in Arbeit zu bringen, ist eine Frage des Respekts vor harter Arbeit und den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihren Abgaben und Steuern unser Land finanzieren.

Als Sächsische Union erwarten wir, dass die Bundesregierung ihren Fehler korrigiert und das Sanktionssystem und die Mitwirkungspflicht so anpasst werden, dass Verweigerer Konsequenzen spüren. Wir brauchen eine Rückkehr zum Prinzip von Fördern und Fordern. Dies schließt ein, dass sich Erhöhungen von Sozialleistungen an den allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklungen orientieren und diese nicht übersteigen.

Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und dem Bedarf an Arbeits- und Fachkräften für eine leistungsfähige Unternehmenslandschaft stehen unsere Wirtschaft und damit unser Wohlstand vor großen Herausforderungen. Alleine in Sachsen werden bis 2030 über 300.000 erwerbsfähige Menschen weniger zur Verfügung stehen als noch 2014.

Unser System beruht auf dem Grundsatz, dass wir für alle jene sorgen, die nicht am Arbeitsleben teilhaben können und daher Unterstützung benötigen. Von all jenen, die arbeiten können, erwarten wir, dass sie ihren Teil zum gelingenden Miteinander beitragen. Auf dem aktuellen Arbeitsmarkt gibt es berufliche Perspektiven für jede Qualifikation, Neigung und Expertise. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Menschen, die arbeiten können, nach spätestens sechs Monaten wieder einer Arbeit oder einer zielführenden Aus- oder Weiterbildung nachgehen.

Für einen zukunftsfähigen gesellschaftlichen Konsens über unser Sozialsystem ist es darüber hinaus zwingend notwendig, die weiter steigende Sozialabgabenlast von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf den Prüfstand zu stellen und verlässliche Grenzen aufzuzeigen. Um immer mehr Leistungen zu finanzieren, greift der Staat mit zu großer Selbstverständlichkeit immer tiefer in die Taschen derjenigen, die einen Beitrag zur Wertschöpfung leisten wollen. Erst ein leistungsfähiges Unternehmertum und real steigende Nettolöhne können Garanten für einen tragfähigen Sozialstaat sein.

(Antrag des Landesvorstands – 4)

Betreff:

Christdemokraten für das Jüdische Leben

Der Landesparteitag beschließt:

Am 7. Oktober 2023 überfielen Terroristen der Hamas den Staat Israel – ein Tag brutalster Unmenschlichkeit. Sie töteten, folterten und verschleppten wehr- und arglose Zivilisten – darunter Eltern, Kinder und sogar Holocaustüberlebende. Auch heute noch sind zahlreiche Bürgerinnen und Bürger des Staates Israel, auch Deutsche und andere Nationalitäten, in der Gewalt der Terroristen der Hamas. Am 7. Oktober starben so viele Jüdinnen und Juden eines gewaltsamen Todes wie seit dem Holocaust nicht mehr.

Wir, als Sächsische Union, verurteilen diesen Angriff aufs Schärfste. Nichts rechtfertigt diese barbarischen, niederträchtigen und menschenverachtenden Taten.

Die Sächsische Union steht klar und deutlich an der Seite Israels und aller Jüdinnen und Juden in Deutschland. Wir sind froh über das wieder entstandene jüdische Leben im Freistaat Sachsen, empfinden es als Bereicherung und stellen uns schützend vor unsere jüdischen Mitmenschen. Antisemitismus werden wir immer auf das Schärfste kritisieren und vehement bekämpfen.

Aus unserer Tradition und dem Erinnern heraus stehen wir fest und entschlossen an der Seite des Staates Israel und des jüdischen Volkes. Wir sind froh, dass sich in den vergangenen 75 Jahren dieses Land als starke, pluralistische Demokratie im Nahen Osten und als Heimat für Jüdinnen und Juden entwickelt hat.

Für uns ist die Solidarität mit den Menschen in Israel und den Jüdinnen und Juden überall auf der Welt nicht verhandelbar und Grundsatz unseres politischen Handelns und Denkens.

Das Existenzrecht Israels ist für uns deutsche Staatsräson. Gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte dürfen wir in Deutschland nicht zulassen, dass sich Antisemitismus auf deutschen Straßen Bahn bricht.

Für uns ist „Nie wieder“ genau jetzt und wir werden, wenn nötig, jeden Tag aufs Neue dafür eintreten. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob es sich um von rechts, links oder religiös motivierten Antisemitismus handelt.

Auch palästinensische Zivilisten leiden aktuell unter dem Krieg im Gazastreifen und der Herrschaft der Hamas, die gewissenlos ihre eigenen Menschen opfert und als Schutzschild missbraucht, die zivile Einrichtungen für ihre Zwecke umnutzt und damit zu Zielscheiben macht und Hilfsgüter lieber zum Bau von Waffen nutzt, als zum Wohle der eigenen Bevölkerung.

Wir setzen uns für Frieden in Israel und für die ganze Region im Nahen Osten ein.

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel sehen wir auf Kundgebungen in Deutschland und bei uns in Sachsen erschreckende und schockierende Bilder. Unter dem Deckmantel der Solidarität mit Palästina sehen wir hasserfüllte Mobs, die fordern, Juden ins Meer zu treiben, die Judensterne auf Wohnhäuser und Türen von Jüdinnen und Juden in Deutschland schmieren und sie zum Teil auf offener Straße bedrohen oder gar angreifen.

Das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Auch in schwierigen Situationen muss eine Demokratie andere Meinungen anhören, damit umgehen und manchmal auch aushalten. Wenn es aber um Hassrede, die Infragestellung des Existenzrechts Israel oder Antisemitismus geht, dann muss unser Rechtsstaat klare Grenzen setzen und harte Konsequenzen ziehen. In unserem Land, auf unseren Straßen und in unserer Gesellschaft darf es keinen Platz für Antisemitismus geben.

Der Rechtsstaat wird zum starken Staat, in dem er Recht nicht nur setzt, sondern auch durchsetzt. Dafür braucht es neben den Sicherheits- und Ordnungsbehörden aber auch die Rückendeckung unserer Gesellschaft für das Eintreten gegen solche zivilisatorischen Ausfälle.

#### Sofort-Maßnahmen zum Einfangen der straffälligen Demonstranten

Wir setzen uns dafür ein, dass Antisemitismus sowie Hass und Hetze gegen Israel in Sachsen und Deutschland keinen Platz hat:

1) *Das gesamte Instrumentarium des Rechtsstaats muss genutzt werden*  
Sicherheits- und Ordnungsbehörden sollen möglichst umfassend das Versammlungs- und Demonstrationsgeschehen dokumentieren. Gleichzeitig

braucht es Möglichkeiten einer unmittelbaren Übersetzung von in Fremdsprachen getätigten Wortbeiträgen, damit, bestenfalls direkt vor Ort, in Verdachtsmomenten Wortbeiträge auf strafrechtliche Relevanz überprüft werden können. Ebenso braucht es kontinuierliche Auffrischung im Bezug auf Chiffren, Kürzel und vermeintlich israelkritische, aber eigentlich antisemitische Aussagen und Erzählungen. Es kommt aber auch auf alle Bürgerinnen und Bürger an, den Sicherheits- und Ordnungsbehörden in ihrem Handeln den Rücken zu stärken.

*2) Verfahren gegen Demonstranten müssen Priorität haben*

Strafe muss auf dem Fuß folgen. Menschen, die sich auf Demonstrationen oder in diesem Zusammenhang im Internet strafbar machen, sollen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, in beschleunigten Verfahren verurteilt werden. Der Rechtsstaat muss schnell zeigen, dass hier eine rote Linie gezogen ist. Schnelle Urteile können auch eine abschreckende Wirkung haben.

*3) Demonstranten ohne Bleiberecht sofort ausweisen*

Ausländerinnen und Ausländer, die kein Aufenthaltsrecht besitzen und die sich strafbar machen, sollen unter Nutzung aller Möglichkeiten schnellstmöglich ausgewiesen werden. Sie gefährden unsere öffentliche Sicherheit und Ordnung. Wer das Existenzrecht Israels negiert und jüdisches Leben in Deutschland verachtet, der darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Deswegen wollen wir auch, wie bisher, die Beibehaltung der Staatsbürgerschaft als Endpunkt der Integration und nicht, wie die Ampel-Koalition fordert, an deren Anfang. Angesichts der jüngsten Ereignisse ist es Zeit, dass Bewerber für die deutsche Staatsangehörigkeit ein unmissverständliches Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel abgeben. Dieses Bekenntnis sollte gesetzlich im Staatsangehörigkeitsgesetz verankert werden.

*4) Hass und Hetze im digitalen Raum keinen Platz geben*

Antisemitische Aussagen in Beiträgen oder während Live-Übertragungen müssen genauso intensiv geahndet werden wie Verhetzungen, die im öffentlichen Raum stattfinden. Als Sächsische Union wollen wir deswegen Hass und Hetze im digitalen Raum mit größter Entschiedenheit entgegentreten. Die Vollzugsbehörden müssen personell und technisch so gestärkt werden, dass Hasskampagnen, teils ausufernd und automatisiert von Bots betrieben, wirkungsvoll aufdeckt und verfolgt werden können. Wir sowie andere Nutzer der Plattformen sind aber auch aufgerufen, rechtswidrige Inhalte immer wieder zu melden und die Möglichkeiten des NetzDG und des zukünftigen Digitalen-Dienste-Gesetzes zu nutzen, um Plattformen schnell zum Löschen strafbarer Inhalte zu zwingen.



Beschluss (A-1)

Betreff:

Meisterland Sachsen: Stärkung der Beruflichen Bildung

Der Landesparteitag beschließt:

Gute berufliche Perspektiven und Karrierechancen beginnen nicht erst mit dem Abitur! Gesellschaftliche Konventionen und veränderte Zugangsvoraussetzungen drängen mehr und mehr Schülerinnen und Schüler auf ein Gymnasium und in eine akademische Ausbildung, die mitunter nicht ihren Neigungen und persönlichen Kompetenzen entspricht. Gleichzeitig wird der Ruf der Wirtschaft nach gut ausgebildeten und motivierten Fachkräften lauter.

Diese Entwicklung ist für uns ein Zeichen dafür, dass die berufliche Bildung, insbesondere die duale Berufsausbildung, langfristig und strategisch gestärkt werden muss, um den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes unter dem Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft auch künftig zu sichern.

Ziel muss es sein, den Menschen einen bestmöglichen Bildungs- und Berufsabschluss zu ermöglichen, der sich sowohl an ihren Begabungen, persönlichen Fähigkeiten und Interessen orientiert, als auch ein selbstbestimmtes und wirtschaftlich sicheres Leben bietet.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist die berufliche Bildung ein entscheidender Faktor für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der vorwiegend mittelständisch geprägten sächsischen Wirtschaft. Sie muss daher attraktiv für junge Menschen sein und gleichzeitig den modernen Anforderungen der heutigen Zeit gerecht werden. Wir fordern gezielte Maßnahmen zur strategischen Stärkung der nicht akademischen beruflichen Bildung!

Aufbau und Aufwertung von Oberschule

Um mehr Schülerinnen und Schüler in Sachsen auf den Weg einer Berufsausbildung zu führen und wieder ein besseres Verhältnis zwischen Ausbildung und Studium zu erreichen, muss die Berufsorientierung stärker darauf ausgerichtet werden, den Schülerinnen und Schülern die tatsächlichen beruflichen Perspektiven nahe zu bringen und sie so für eine entsprechende Ausbildung zu begeistern. Heute müssen sich junge Schüler zwischen einer enormen Anzahl an Alternativen entscheiden. Das Konzept der Praxisberater an Oberschulen ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Je stärker sich die Schülerinnen und Schüler mit ihrer Berufswahl identifizieren, desto nachhaltiger ist die Investition in ihre Ausbildung. Die Berufswahl ist demnach auch für die zukünftigen Arbeitgeber und Bildungsträger von Interesse.

Unter der Einbeziehung beruflicher Vorqualifikationen kann in besonders betroffenen Bereichen die Effizienz der Ausbildung erhöht werden. Den Schülerinnen und Schülern soll die Möglichkeit gegeben werden, diese Vorqualifikationen in der Oberschule gezielt zu erwerben. Die Verkürzung der Ausbildungszeit hat zur Folge, dass qualifizierte Arbeitskräfte schneller zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus können alternative Lehrmethoden verwendet werden. Lehrprojekte mit außerschulischen Einrichtungen und Unternehmen können als Erlebnisse der Praxis von Schulen integriert werden. Dabei wird auch ein wirtschaftlicher Anreiz für Unternehmen gesetzt, sich zu beteiligen.

Gleichzeitig sollte die Verbindlichkeit der Bildungsempfehlung wieder in den Fokus rücken.- Selbstverständlich wollen Eltern nur das Beste für ihr Kind und bestenfalls die besten Zukunftschancen ermöglichen. Dennoch sollte der Potenzialanalyse der Pädagogen wieder eine höhere Bedeutung zukommen, um der Individualität der Entwicklungsgeschwindigkeit der Kinder besser gerecht zu werden. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems gewährleistet, dass ein Abitur gegebenenfalls auch auf dem 2. Bildungsweg erreicht werden kann. Es stehen sowohl auf dem Gymnasium als auch auf der Oberschule weiterhin alle Wege offen.

#### Stärkung der Berufspraxis an Oberschulen

Schülerinnen und Schüler der Oberschulen, die sich für den Weg der Berufsausbildung entschieden haben, sollen nach Ihrem Abschluss in das Ausbildungsverhältnis übernommen werden. Schülerinnen und Schüler sollen zur besseren Orientierung bereits in ihrer Schulzeit die Möglichkeit bekommen, mehrere Berufspraktika zu absolvieren. Solche Praxisphasen werden an vielen Schulen insbesondere im ländlichen Raum auf freiwilliger Basis bereits gut umgesetzt.

Wir fordern einen Praktikumsplan in Unternehmen der Umgebung, der in den Lehrplan verpflichtend integriert ist. Mit einem verpflichtenden Durchlaufplan kann jeder Schüler in verschiedene Bereiche der Arbeitswelt Einblick nehmen. Es ist wichtig, Schülerinnen und Schülern Freiheit bei der Wahl Ihrer Praktika zu gewähren, aber auch Einseitigkeit zu vermeiden.

Praktika (z.B. Maschinenpraktikum, geräteunterstützter Unterricht oder Lehrpraktikum) in Berufsschulen können auch durch berufliche Ausbildungskräfte (Ausbildungskräfte gemäß AEVO oder AusbEignV) gewährleistet werden. So binden wir keine Berufsschullehrkräfte in Teilen der Ausbildung, die auch durch berufliche Ausbilder übernommen werden können.

Damit erreichen wir gleichzeitig Synergien zwischen Wirtschaft und Schule. Eventuelles Interesse der Unternehmen an potenziellen Auszubildenden kann bereits erkannt werden.

Berufliche Bildung fit für die Zukunft gestalten - Digitalisierung und Globalisierung als Chance erkennen!

Die Digitalisierung und die Globalisierung haben Wirtschafts- und Arbeitsprozesse in Unternehmen nachhaltig verändert. Dies schlägt sich auch in veränderten Anforderungsprofilen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nieder. Dieser Umstand muss auch in der Weiterentwicklung beruflicher Bildung berücksichtigt werden.

Die sächsischen Berufsschulen müssen künftig verstärkt fit gemacht werden für die Herausforderungen der Digitalisierung. Wir fordern gezielte Unterstützung der Berufsschulen bei der Erstellung von Medienkonzepten und deren Umsetzung. Dazu ist eine enge Abstimmung mit den Schulträgern erforderlich. Die digitale Infrastruktur soll kontinuierlich verbessert werden. Die didaktisch-methodische Ausgestaltung des Unterrichts an den Berufsschulen muss in der Vermittlung von digitalen Schlüsselkompetenzen im Sinne des Kompetenzrahmens „Kompetenzen in der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz weiter bestärkt und ausgebaut werden.

Durch die Globalisierung rücken mehr und mehr neue berufliche, aber auch interkulturelle und sprachliche Kompetenzen in den Fokus. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, müssen Schülerinnen und Schüler gezielt berufsspezifische Fremdsprachenkompetenzen (speziell in der englischen Sprache) erwerben können. Kooperationen für Lernaufenthalte oder Praktika, insbesondere bei unseren direkten Nachbarn, wie zum Beispiel Polen oder Tschechien, sollen verstärkt gefördert werden.

Quereinstieg und duales Studium für Berufsschullehrer verbessern

Die Zukunft liegt in der Praxis. Wir fordern die Einführung eines echten dualen Studiums für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. So lässt sich früh ein enger praktischer Bezug herstellen. Die verschiedenen Phasen der Lehrerbildung werden enger verzahnt und die Studenten sind direkt an den Schulen einsetzbar.

Gleichzeitig betonen wir die Notwendigkeit eines einfachen Quereinstieges für Lehrer an Berufsschulen. Dieser Einstieg soll in den Fachfächern auch ohne akademische Vorbildung an einer Fachhochschule oder der Berufsakademie möglich sein.

Bestehende Hürden für praxiserfahrene Ausbilder, die an Berufsschulen lehren möchten, sollen reduziert werden. Für Meister oder Techniker mit Ausbilderschein soll diese Möglichkeit stärker beworben und Anreize geschaffen werden. Es ist zu prüfen, ob Fachkräfte als Honorardozenten an Berufsschulen eingesetzt werden können.

#### Akademische und berufliche Bildung verbinden

Wir wollen Synergien zwischen beruflicher Praxis und akademischer Bildung herstellen. Während Studenten von einem stärkeren Einblick in die Praxis profitieren, können Auszubildenden einen fundierteren Einblick in die Zusammenhänge gewinnen.

Nun gilt es, geeignete Austausch- und Kommunikationsprogramme zwischen Universitäten, Hochschulen, Berufsschulen und Unternehmen zu etablieren. Dies ist bei den Studenten im Bereich des Studium Generale denkbar und bei den Lehrlingen als Weiterbildung.

Mit dem dualen Studium, insbesondere an der Berufsakademie Sachsen, soll die berufliche und akademische Bildung gezielt besser verzahnt werden. Wir begrüßen die Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen zur Dualen Hochschule.

Dies muss zum Anlass genommen werden, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsformen mit verschiedenen Maßnahmen gezielt zu unterstützen. Insbesondere soll die Anrechnung von Studien- und Ausbildungsleistungen in beide Richtungen verstärkt ermöglicht werden. So kann gezielt die Dauer von Studiengängen oder auch der Ausbildung (im Falle eines Studienausstiegs) verkürzt werden.

#### Schneller Abschluss muss sich lohnen

Bei der Deckung des enormen Fachkräftebedarfs im Freistaat Sachsen können schnelle Abschlüsse helfen. In den Ausbildungen, die noch auf eine Ausbildungszeit von 3,5 Jahren setzen, soll eine Reduzierung auf drei Jahre einfacher ermöglicht werden. Dazu ist es wichtig, den elementaren Lehrstoff auf die ersten drei Jahre zu fokussieren und bereits am Ende des dritten Ausbildungsjahres mit der Prüfungsvorbereitung zu beginnen.

Darüber hinaus müssen klare staatliche Anreize geschaffen werden, die Berufsausbildung vorzeitig und leistungsstark abzuschließen. Für Auszubildende, die eine Berufsausbildung früher abgeschlossen haben, kann beispielsweise eine Lehrzeitanerkennung ermöglicht werden. Damit kann ein Auszubildender besser einen Meister oder andere Aufstiegsqualifikationen anstreben.

Eine Leistungsprämie kann ebenso einen Leistungsanreiz darstellen. Wir ehren damit nicht nur die Besten eines Berufes, sondern all die Lehrlinge und Auszubildende, die sehr gute Abschlüsse erreicht haben.

#### Aufwertung von beruflicher Bildung

Der Wert einer Berufsausbildung und die vielfältigen Möglichkeiten für eine berufliche Zukunft, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten finden im gesellschaftlichen Diskurs und der medialen Darstellung meist zu wenig Beachtung. Im Vergleich zu einem Studium bzw. einer akademischen Karriere werden sie auch oft weniger bedeutsam dargestellt.

Ausbildung als Erfolgsmodell - das müssen wir anhand von Vorbildern zeigen, die mit einer erfolgreichen Berufsausbildung ihre Zukunftsvisionen umsetzen konnten.

Gleichwohl sind die berufliche Bildung und die Deckung des Fachkräftebedarfs entscheidende Faktoren für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständisch geprägten sächsischen Wirtschaft. Berufsausbildung muss daher attraktiv für junge Menschen sein und gleichzeitig den modernen Anforderungen der heutigen Zeit gerecht werden.

Ein Aufwerten der beruflichen Bildung ist entscheidend für ihre gesellschaftliche Akzeptanz und ihre Zukunft als Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Stabilität. Daher sollte auch die Meisterausbildung in Deutschland kostenlos sein.

Für uns bedeutet eine Aufwertung aber auch, dass an den Gymnasien die Bedeutung der beruflichen Bildung deutlich stärker zur Geltung kommt. Auch nach dem Abitur ist die Berufsausbildung ein möglicher Weg für die Zukunft. Die Berufsorientierung an den Gymnasien muss dahingehend verbessert werden, dass die Berufsausbildung wieder eine stärkere Gewichtung erhält.

Bei Beratungsgesprächen für Schülerinnen und Schüler an Gymnasien sollen immer alle offenstehenden Möglichkeiten besprochen werden, d.h. nicht nur den Studienwunsch, sondern explizit auch der Berufswunsch soll thematisiert werden.

Beschluss (A-3)

#### Betreff:

Novellierung des SächsHSG hinsichtlich der verfassten Studentenschaft

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union setzt sich für eine Novellierung des Sächsischen Hochschulgesetzes (SächsHSG) hinsichtlich der die verfasste Studentenschaft betreffenden Regelungen ein, die folgenden Desideraten abhilft:

- 1) § 26 ff. SächsHSG sind weiterzuentwickeln, indem Studentenräte in Studentenparlamente mit AStA-Vorstand (Allgemeiner Studentenausschuss) umgewandelt werden. Eine verbindliche Direktwahl stellt mehr Vergleichbarkeit und Transparenz sicher.
- 2) Der Begriff der anerkannten studentischen Hochschulgruppe ist im SächsHSG zu normieren und ein transparentes Anerkennungsverfahren mit rechtsmittelfähigem Bescheid durch das jeweilige Rektorat vorzusehen. Alle politischen und religiösen Hochschulgruppen sind in diesem Verfahren gleich zu behandeln. Insbesondere erhalten anerkannte studentische Hochschulgruppen ein gebührenfreies Nutzungsrecht für Rauminfrastruktur der jeweiligen Hochschule in angemessenem Rahmen. Weiterhin sind alle anerkannten studentischen Hochschulgruppen berechtigt, finanzielle Förderung der Studentenschaft und der Studentenwerke zu erhalten.
- 3) Die Austrittsoption aus der verfassten Studentenschaft ist wiedereinzuführen

Beschluss (A-4)

Betreff:

Technologieoffene Forschung bei der Dekarbonisierung des Verkehrs

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union fordert die Aufrechterhaltung der Technologieoffenheit und eine breitgefächerte Forschungsförderung, insbesondere bei der Suche nach Möglichkeiten zur Dekarbonisierung des Verkehrs. Die Sächsische Union setzt sich für die stärkere Förderung der Forschung zur Herstellung synthetischer Kohlenwasserstoffe wie beispielsweise synthetisch hergestelltem Benzin insbesondere in Sachsen ein.

Beschluss (A-5)

Betreff:

Ausbau der Bildungsforschung in den ostdeutschen Bundesländern

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, dass die Kultusministerkonferenz die ostdeutsche Situation in der Bildungslandschaft in ihrer Spezifik berücksichtigt und hierzu auch ostdeutsche Expertise einbezieht. Um dafür die Voraussetzungen zu schaffen, ist zu prüfen, wie die Bildungsforschung an einer größeren Anzahl von ostdeutschen, zumal sächsischen Universitäts- und Hochschulstandorten gestärkt werden kann.

Beschluss (A-6)

Betreff:

Für die Senkung der Lohnnebenkosten – mehr netto vom brutto

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische CDU wird sich konsequent für die Senkung der Lohnnebenkosten einsetzen, um Arbeitnehmern einen realen Einkommenszuwachs zu gewährleisten und Unternehmen vor ausufernden Lohnnebenkosten zu schützen.

Beschluss (A-8)

Betreff:

Keine weitere Belastung des Mittelstandes – Kein Bildungsfreistellungsgesetz für Sachsen

Der Landesparteitag beschließt:

Die klein- und mittelständische Wirtschaft in Sachsen darf nicht weiter belastet werden.

Die Entwicklung der Allgemeinbildung der Bevölkerung ist nicht die Aufgabe der Wirtschaft. Wir lehnen eine Freistellung der Mitarbeiter mit dem Ziel der

Ermöglichung der Wahrnehmung allgemeinbildender Maßnahmen zulasten der Unternehmen entschieden ab.

Beschluss (A-13)

Betreff:

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung - strukturelle Entlastung der Kommunen sicherstellen

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union setzt sich für eine strukturelle Entlastung der Kommunen durch eine Beteiligung des Bundes an den Soziallasten, nach dem Konnexitätsprinzip, ein.

Beschluss (A-16)

Betreff:

Herabsetzung Schutzstatus Wolf

Der Landesparteitag beschließt:

Die Landtagsfraktion wird ersucht, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass der Schutzstatus des Wolfes für die gesamte EU herabgestuft wird.

Beschluss (A-22)

Betreff:

Keine Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen

Der Landesparteitag beschließt:

Wir fordern, dass die Forschung an Rüstungsgütern und Produkten mit Dual-Use an allen Hochschulen in Sachsen ermöglicht wird.



Beschluss (A-23)

Betreff:

Sachleistungsprinzip konsequent anwenden

Der Landesparteitag beschließt:

Wir setzen uns für die Ausgabe von Sachleistungen anstelle von Geldleistungen ein. Solange Asylsuchende keinen Bleibestatus haben, sollten sie Sachleistungen beziehen. Wir befürworten die Einführung von bundeseinheitlichen Bezahlkarten, mit Hilfe derer bestimmte Produkte und Leistungen in bestimmten Geschäften erworben werden können.

Beschluss (A-25)

Betreff:

Ausbau psychotherapeutischer Angebote und Hilfen

Der Landesparteitag beschließt:

Die CDU Sachsen setzt sich aktiv für eine Erweiterung psychologischer Betreuungsangebote ein. Zusätzlich fordert sie, dass die Durchführung von Gruppentherapien in psychotherapeutischen Ausbildungseinrichtungen staatlich gefördert und beschleunigt wird. Sozialpsychiatrische Angebote (ergänzend zur Psychotherapie oder zur Überbrückung von Wartezeiten) sind mit staatlichen Mitteln auszubauen und besser zu unterstützen. Außerdem werden jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt verpflichtet, transparent und für jedermann zugänglich über konkrete Hilfsangebote (Notfallnummern, Therapieplätze, Beratungsstellen, stationäre Angebote) zu informieren, beispielsweise auf separaten Internetseiten.

Beschluss (A-31)

Betreff:

Bundeswehr sichtbar in den Schulen

Der Landesparteitag beschließt:

Die CDU Sachsen setzt sich in der nächsten Legislatur weiter dafür ein, dass die Kooperationsvereinbarung in ihrer jetzigen Fassung zwischen der Bundeswehr

und dem sächsischen Kultusministerium bestehen bleibt und konsequent umgesetzt wird.

Beschluss (I-1)

Betreff:

Resilienz der deutschen Solarindustrie stärken

Der Landesparteitag beschließt:

Die CDU Sachsen fordert, in Übereinstimmung mit dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz die Bundesregierung auf, gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen für alle Marktakteure der Solarindustrie sicherzustellen und Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der heimischen PV-Produktion zu ergreifen. Die CDU Sachsen fordert die Bundesregierung im Speziellen auf, Wettbewerbsnachteile für die deutsche Solarindustrie gegenüber Produzenten insbesondere in China und den USA umgehend abzubauen, indem:

- Durch eine wirtschaftsfeindliche Energiepolitik überhöhte Energiepreise durch eine Erhöhung des Angebots gesenkt werden; insbesondere sind für einen Übergangszeitraum die zuletzt stillgelegten Atomkraftwerke wieder ans Netz zu nehmen;
- Handelspolitische Nachteile u.a. infolge des US-amerikanischen Inflation Reduction Act sowie von auf den europäischen Markt fließenden Solarmodulproduktionen, die mutmaßlich in China ohne Beachtung von Arbeitsstandards wie z.B. dem Verbot von Kinderarbeit und Zwangsarbeit, hergestellt werden, ausgeglichen werden, z.B. durch die Einführung eines Resilienzfaktors;
- Umgehend avisierte Erleichterungen für Unternehmen, wie sie mit dem Bürokratieentlastungsgesetz IV durch die Bundesregierung versprochen wurden, umzusetzen.

Beschluss (I-4)

Betreff:

Nationalparkverordnung anpassen – Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen in der Nationalparkregion verbessern

Der Landesparteitag beschließt:

Mit großer Sorge betrachten wir die aktuellen Entwicklungen in der Naturschutzpolitik des Freistaates Sachsen. Das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Energie und Landwirtschaft und seine nachgeordneten Behörden praktizieren Naturschutz weit an den tatsächlichen Notwendigkeiten und vor allem den betroffenen Bürgern vor Ort vorbei. Das Prinzip den Naturschutz nur zusammen mit der Naturnutzung zu denken, wird kaum mehr verfolgt. Entsprechend wird die Existenz vieler Landnutzer (Landwirte, Forstwirte und Fischwirte), die den ländlichen Raum prägen, gefährdet. Deren wirtschaftlicher Ruin wird billigend in Kauf genommen.

Gleichzeitig wird jeder Privatperson und auch der öffentlichen Hand die Möglichkeit genommen, sich weiter zu entwickeln. Potenziert tritt diese Fehlentwicklung in der Nationalparkregion auf.

Wir fordern die Staatsregierung auf, gemeinsam mit dem Landkreis Sächsische Schweiz Osterzgebirge und den betroffenen Kommunen der Nationalparkregion die Nationalpark-verordnung im Interesse eines besseren Miteinanders grundsätzlich zu überarbeiten. Zentrales Ziel muss dabei sein, die Grenzen des LSG und des Nationalparks an die Bedürfnisse vor Ort anzupassen. Dazu ist der Schutzstatus, der durch die Kommunen benannten Flächen für Entwicklungsabsichten (im LSG ca. 400 ha, im Nationalpark ca. 50 ha) aufzuheben und aus der Nationalparkverordnung zu entfernen.

Das Verwaltungsregime, welches auf Flächen im Nationalpark und im LSG ausgeübt wird, darf in Zukunft nicht bis an die Bebauungsgrenzen heranreichen. Im Rahmen der Evaluierung der Nationalparkverordnung ist die Aktualität von Schutzgebietsgrenzen zu hinterfragen und mit dem Ziel zu korrigieren, vor Ort mehr Freiraum für Entwicklungsmöglichkeiten für die anliegenden Bürger und Kommunen zu schaffen.

## Überweisungen

### Überweisung (A-7)

Betreff:

Einsatz für eine konsequente Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die sächsische CDU muss eine zeitnahe und konsequente Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks herbeiführen und unterstützen. Ziel der Reform muss es sein, den ÖRR sowohl hinsichtlich seines Auftrages, als auch bezüglich seiner Wirtschaftlichkeit so zu verschlanken, dass er einerseits seinen gesetzlichen Auftrag erfüllen kann, andererseits in seiner Kostenstruktur dem öffentlichen Dienst vergleichbar wird. Die Reform sollte sich wesentlich an den, in den KEF-Berichten ausgewiesenen Kritiken und Lösungsansätzen orientieren.

### Überweisung (A-9)

Betreff:

Arbeit ermöglichen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag:

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld für unsere kleine und mittelständische Wirtschaft verschlechtert sich im Freistaat Sachsen und in Deutschland zunehmend. Zugleich ist immer mehr zu spüren, dass die bürokratischen Belastungen für diese Unternehmen, insbesondere in den letzten Jahren, signifikant zunehmen.

Insbesondere für die zuvor genannten Unternehmen wird deutlich, dass der Gesetzgeber mitunter sinnvolle Verbesserungen, z.B. im Arbeits-, dem Gesundheits-, Umwelt- oder Naturschutz, aber auch für verbesserten Datenschutz oder Digitalisierung anstrebt, jedoch bei der Umsetzung der Gesetze und Verordnungen die praktischen Auswirkungen auf die Betriebe nicht ausreichend berücksichtigt. Die Folge ist, dass die Unternehmensführungen zunehmend in rechtliche Grauzonen gedrängt werden, da eine vollumfängliche Beachtung der gesetzlichen Vorgaben nicht oder nur unter sehr hohem

zusätzlichem Arbeitsaufwand möglich ist. Dies führt zu teils massiven Produktivitätsverlusten in den kleinen und mittelständischen Unternehmen Sachsens, da einerseits die Freude am Unternehmertum und andererseits in den Unternehmen weitere Kapazitäten, bei den ohnehin schon begrenzten Ressourcen, verloren gehen.

Aus diesem Grund müssen die staatlich bedingten, bürokratischen Anforderungen für kleine und mittelständische Unternehmen konsequent reduziert werden. Hierzu sind beispielhaft drei Themenbereiche des Arbeitsrechts relevant, die mit den folgenden Forderungen konkretisiert werden.

Die CDU Sachsen fordert:

a) Im Arbeitszeitrecht

- die aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur elektronischen Zeiterfassung und der von der EU erlassenen EU-Arbeitszeitrichtlinie geschaffenen Freiräume, sollten durch konkretes Verwaltungshandeln konsequent ausgenutzt werden. Diese Forderungen beziehen sich insbesondere auf die Einführung einer wöchentlichen, anstelle einer täglichen, Höchstarbeitszeit sowie die Möglichkeiten zur Ausgestaltung der elfstündigen täglichen Ruhezeit.
- Für die nicht orts- oder zeitgebundene Arbeiten muss eine Vertrauenszeit ermöglicht werden. Dabei sollte die Form der Arbeitszeiterfassung weiterhin dem Direktions- und Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegen.
- Für betriebliche Modelle mit hoher Arbeitszeitflexibilität muss es auch Möglichkeiten jenseits von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen geben. Die derzeitige Praxis der Ausnahmegenehmigung ist nicht sachgerecht, zumal die Arbeitszeitbehörden kaum die Kapazitäten haben, derartige Ausnahmen zu bearbeiten.

b) im Nachweisgesetz

- der Ausschluss der Niederlegung wesentlicher Vertragsbedingungen in elektronischer Form gemäß § 2 Abs. 1 S. 3 NachwG ist aufzuheben

c) bei elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen

- die Übermittlung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen zu erleichtern und zu vereinheitlichen. Dabei ist das Ziel die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung automatisiert den Unternehmen zu übermitteln, ohne dass ein Abruf durch den Arbeitgeber erforderlich ist.

Überweisung (A-10)

Betreff:

Beibehaltung des Freiwilligen Sozialen/ ökologischen Jahres (FSJ)

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag:

Die CDU setzt sich für die Beibehaltung des Freiwilligen Sozialen/ ökologischen Jahres (FSJ) ein und dessen Weiterentwicklung als Angebot für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMAs) und junge Migranten zur beschleunigten Integration und Beschäftigung in sozialen Berufen.

Überweisung (A-11)

Betreff:

Sportgutschein für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die CDU setzt sich dafür ein, Kinder im Vorschul- und Grundschulalter für Sport und Engagement in Vereinen stärker zu motivieren. Dafür sollen die Kosten für das erste Vereinsjahr durch den Freistaat Sachsen übernommen werden. In Kooperation mit dem Landessportbund möchten wir insbesondere Vorschulkinder und Grundschüler auf die Angebote regionaler Sportvereine aufmerksam machen.

Überweisung (A-12)

Betreff:

Finanzierung der kommunalen Beauftragten für sorbische Angelegenheiten durch den Landeshaushalt

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die CDU Sachsen spricht sich für die Finanzierung der kommunalen Beauftragten für sorbische Angelegenheiten als Vollzeitstellen durch Landesmittel aus.

Überweisung (A-14)

Betreff:

Künftige Regierungsverantwortung; Überprüfung von Entscheidungen im SMEKUL

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die CDU-Landtagsfraktion wird ersucht, nach der Landtagswahl 2024 bei den nächsten Koalitionsverhandlungen mit einer CDU-geführten Landesregierung zu gewährleisten, dass:

- Der Staatsminister für die Fachgebiete Landwirtschaft und Umwelt wird von der CDU gestellt
- Alle vom Vorgänger getroffenen personellen und inhaltlichen Entscheidungen werden im Bedarfsfall einer Einzelfallprüfung auf Sinnhaftigkeit unterzogen.

Überweisung (A-15)

Betreff:

Technologieoffene kommunale Energieversorgungskonzeption

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die CDU-Landtagsfraktion wird ersucht, die Erstellung von kommunalen Energieversorgungskonzeptionen finanziell und inhaltlich zu unterstützen. Insbesondere gilt es dabei regionale Ressourcen zu erschließen und wirtschaftliche Beteiligungsmodelle für die Bürger zu etablieren.

Überweisung (A-17)

Betreff:

Einkommensteuerklasse für den Ländlichen Raum etablieren

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Es soll eine Sondersteuerklasse „ländlicher Raum“ eingeführt werden. Dabei soll festgelegt werden, dass Bewohner des ländlichen Raumes einen Einkommenssteuerrabatt von 10% eingeräumt bekommen

Die Sächsische Union möge einen diesbezüglichen Antrag auf dem nächsten Bundesparteitag stellen.

Überweisung (A-18)

Betreff:

Keine Nutzung von landwirtschaftlicher Nutzfläche für Photovoltaikanlagen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Landtagsfraktion wird ersucht, landes- und bauplanerische Grundsätze für die Errichtung von Photovoltaikanlagen für die Kommunen zu entwickeln. Prioritär sollten Photovoltaikanlagen auf bzw. an Gebäuden und auf Öd- und Unland errichtet werden. Freilandanlagen auf fruchtbarem Ackerland sind abzulehnen. Die Größe der Anlage sollte dabei auch zur Umgebung und der landwirtschaftlichen wie freizeitlichen Nutzung passen und mit entsprechenden Bepflanzungsanlagen abgemildert werden.

Überweisung (A-19)

Betreff:

Auf Auswirkungen des Klimawandels reagieren

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Landtagsfraktion wird ersucht, Wasserregulierungspläne von Brauch- Niederschlagswasser (Talsperren, Rückhaltebecken,... ) zur Abmilderung von extremen Wetterereignissen wie Starkregen oder Trockenheit zu entwickeln.



Überweisung (A-20)

Betreff:

Koordinierungsstelle für sächsische Verkehrsverbände

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Landtagsfraktion wird ersucht, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, eine Landeskoordinierungsstelle für die sächsischen Verkehrsverbände zu etablieren. Endergebnis dieser Koordinierung sollte ein Sachsenplan für den öffentlichen Nahverkehr sein.

Überweisung (A-21)

Betreff:

Ansiedlung wehrtechnischer Industrie am Standort Sachsen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Wir fordern die Ansiedlung der wehrtechnischen Industrie in Sachsen. Die Ansiedlung soll schwerpunktmäßig in strukturschwachen Regionen stattfinden und bestehende infrastrukturelle Anknüpfungspunkte nutzen. Dafür muss Sachsen schneller handeln und auf geeignete Partner aktiver zugehen, um sich gegen die Konkurrenz durchzusetzen.

Überweisung (A-24)

Betreff:

Keine Chatkontrolle

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament:

Wir fordern, dass sichere und vertrauliche Chats weiterhin für alle EU-Bürger gewährleistet sind. Eine verdachtsunabhängige Chatkontrolle, wie sie von der EU-Kommission geplant ist, lehnen wir ab.

Überweisung (A-26)

Betreff:

Infrastruktur für mentale Gesundheit an Schulen ausbauen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Sächsische Union setzt sich für mindestens jährliche Projekte und mehr Aufklärung im Bereich „Mentaler Gesundheit“ an den Schulen für Schüler und Eltern ein. Zusätzlich muss die schulpsychologische Infrastruktur im Freistaat Sachsen ausgebaut werden durch die Aufstockung der Stellen für Schulpsychologen, Schaffung von Werkstudententätigkeiten und mehr Praktikumsangebote für Psychologiestudenten. Zugleich sind Beratungs- und Informationsangebote für Lehrer, insbesondere Vertrauens- und Beratungslehrer, zu schaffen, die das Konzept für mehr mentale Gesundheit ergänzen. Außerdem braucht es eine altersgerechte schulpsychologische Betreuung für Grundschüler, um Erkrankungen frühzeitig zu erkennen und präventiv zu begegnen.

Überweisung (A-27)

Betreff:

Stärkung des Informatikunterrichts in Sachsen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die CDU Sachsen setzt sich für eine Weiterentwicklung der Informatikbildung in sächsischen Schulen ein. Dies beinhaltet die Einführung praxisorientierter Informatikkurse, einschließlich der Bereiche Robotik und Automatisierung, beginnend ab der vierten Klasse sowie eine gründliche und wissenschaftlich orientierte Ausrichtung der Informatikbildung ab der siebten Klasse. Dafür fordern wir eine Erhöhung des Budgets im nächsten Doppelhaushalt, um den Schulen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen zu können.

1. Wir fordern, dass in der vierten Klasse im Rahmen des Fachs „Werken“ praktische Einblicke in die Anwendungsbereiche von Robotern sowie Automaten erfolgen und einfache Programmierumgebungen vorgestellt werden. Ferner werden Querbezüge zur Entwicklung der Medienkompetenz aufgezeigt, welche auf eine zunehmend polarisierte Gesellschaft vorbereitet.

2. Ab der siebten Klasse ist Informatik als verpflichtendes Fach an allen allgemeinbildenden Schulen zu etablieren, wobei die wissenschaftliche Grundlagenbildung intensiviert und durch neue Lehrpläne unterstützt wird, um die Schüler optimal auf eine informatikbezogene Ausbildung oder ein Studium vorzubereiten.

Überweisung (A-28)

Betreff:

24/7-Rufbereitschaft von Flüchtlingsbeauftragten und verbesserter Datenaustausch

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Sächsische Union steht zur Einrichtung einer verpflichtenden Rufbereitschaft von kommunalen Flüchtlingsbeauftragten rund um die Uhr, damit diese von ankommenden Flüchtlingen oder von Polizeibehörden problemlos jederzeit kontaktiert werden kann. Ziel ist es, die Kommunikation aller Beteiligten deutlich zu vereinfachen, um vermeidbare Ansammlungen und chaotischen Rückstau der Schutzsuchenden zu verhindern. Somit müssen ausreichend Stellen in den Kommunen geschaffen werden. Für die unterstützende Funktion der vermittelnden Flüchtlingsbeauftragten sind Fremdsprachenkenntnisse, schneller Zugang zu Dolmetschern und notwendige asylrechtliche Grundkenntnisse sicherzustellen. Mobiles Arbeiten für die Rufbereitschaft ist zu gewährleisten, um den Personalaufwand umsetzbar zu halten. So wird eine zeitgemäße Kommunikation zwischen FRONTEX, Bundesbehörden, Landesbehörden und Kommunen umgesetzt, indem digitale Datenerfassung und Datenaustausch an mobilen Endgeräten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten vereinfacht wird. Moderne Computer oder Tablets müssen in jedem Streifenwagen und in jeder beteiligten Behörde verfügbar sein. Dafür schafft die CDU Sachsen in sächsischer Regierungsverantwortung die notwendigen finanziellen sowie organisatorischen Voraussetzungen und setzt sich innerhalb der CDU Deutschlands für bundeseinheitliche Standards ein.

Überweisung (A-29)

Betreff:

Sächsischen Polizeivollzugsdienst weiterentwickeln, Kriminalität ganzheitlich bekämpfen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die CDU Sachsen setzt den eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Personalentwicklung bei der Sächsischen Polizei konsequent weiter. Damit unsere Polizei in der Personaldichte zukunftsfest aufgestellt werden kann, braucht es eine regelmäßige und realitätsnahe Bemessung der tatsächlichen Einsatzstärke, die im Hinblick auf Teilzeitkräfte, Krankmeldungen, abgeordnete Kräfte in Sonderverwendungen und Neueinstellungen differenziert. Um die Einsatzbereitschaft der Sächsischen Polizei sofort zu stärken, fordern wir die Sächsische Union im Regierungshandeln auf, zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung der Polizeiarbeit umzusetzen:

1. Flächendeckende Einführung von Tasern: Bewährte Distanzelektroimpulsgeräte (nach nordrhein-westfälischem Vorbild, Modell Taser 7) sind als Dienstwaffen auch für den Polizeivollzugsdienst zuzulassen und als Ausrüstungsgegenstand einzuführen. Persönliche Voraussetzung zur Nutzung des Einsatzmittels für den unmittelbaren Zwang ist eine bestandene Zusatzausbildung mit Auffrischkurs für Erste-Hilfe-Maßnahmen. Jede Erste-Hilfe-Ausrüstung im Streifenwagen ist mit einem Defibrillator zu erweitern. Die strengen rechtlichen Anforderungen zur Anwendung des Schusswaffengebrauchs gelten entsprechend. Taser dürfen nur als mildere und effektivere Alternative eingesetzt werden, um schärfere Formen des unmittelbaren Zwangs wie Schusswaffengebrauch zu vermeiden.
2. Schwerpunktdienststellen errichten: Landespolizei und Bundespolizei sollen an geeigneten Stellen, beispielsweise in der Grenzregion, enger zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität kooperieren, indem durch neue Verwaltungsvereinbarungen gemeinsame Dienststellen errichtet werden. In diesem Zusammenhang kann zugleich die bereits praktizierte grenzüberschreitende Amtshilfe durch Streifgänge mit polnischen und tschechischen Polizeibehörden koordiniert werden. Die sächsische Landesregierung setzt sich nach bayerischem Vorbild für entsprechende Verwaltungsvereinbarungen mit der Bundesregierung ein.
3. Kriminalprävention bei Jugendlichen: Regelmäßige Besuche durch Bürgerpolizisten an Schulen sollen das Vertrauensverhältnis zur Polizei frühzeitig aufbauen und Informationsangebote in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden bereitstellen.

4. Gewaltprävention mit Jugendämtern und Frauenhäusern: In Fällen häuslicher Gewalt braucht es besonders in ländlichen Regionen eine ständige Rufbereitschaft von Jugendämtern und Frauenhäusern mit freien Kapazitäten. Die aktive Betreuung der Opfer nach Ablauf der Fristen für präventive polizeiliche Maßnahmen darf nicht durch mangelhafte Kapazitäten bei zuständigen Ansprechpartnern verzögert werden.

Überweisung (A-30)

Betreff:

Anpassung des Denkmalschutzes, Wohnraum nachhaltig erweitern

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Sächsische Union steht zur Erweiterung von Wohnraum. Wir wollen die Denkmalschutzregeln im Freistaat Sachsen so ändern und durch Ausnahmeregelungen für den Einzelfall flexibler gestalten, dass in angespannten Wohnungsmärkten der Ausbau von Dachgeschosswohnungen für mehr Wohnraum unter Einhaltung eines zum Gebäude passenden Erscheinungsbildes erlaubt ist. Ähnliche Regelungen sind zugunsten energetischer Sanierungen (Dämmung, Photovoltaik, etc.) zu entwickeln.

Überweisung (A-32)

Betreff:

Anerkennung von Dyskalkulie als Teilleistungsstörung

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Sächsische Union erkennt Dyskalkulie in Sachsen offiziell als Teilleistungsstörung an. Wir setzen uns mit gezielter Förderung für die gleichen Bildungschancen betroffener Schüler ein.

Überweisung (I-2)

Betreff:

Personalbremse

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

1. **Einführung einer „Personalbremse“ im Öffentlichen Dienst des Freistaats Sachsen:**  
Die CDU setzt sich dafür ein, eine „Personalbremse“ einzuführen, die auf Landesebene wirkt. Ziel ist es, die Anzahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Relation zum verfügbaren sächsischen Erwerbspotential zu begrenzen und damit eine nachhaltige Haushaltspolitik zu gewährleisten
2. **Obergrenze - Festlegung einer Personalquote im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen auf maximal 5,00% der zur Verfügung stehenden Erwerbstätigen:**  
Die Quote der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst soll auf maximal 5,00 % der sächsischen Erwerbsbevölkerung begrenzt werden, um den aktuellen Entwicklungen und Daten Rechnung zu tragen.
3. **Untergrenze - zur Sicherung der Staatsaufgaben mindestens 100.000 Beschäftigte als Untergrenze:**  
Im Jahr 2018 wurden 116.450 Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, im Jahr 2022 waren es 122.795 Personen. Die Personalbremse soll nur oberhalb von mind. 100.000 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst einsetzen, um die Erfüllung der Staatsaufgaben im Kern sicherzustellen. Diese Untergrenze wird auch festgelegt, um sicherzustellen, dass die Regelungen einen signifikanten Einfluss auf die Entwicklung der Personalkosten haben.
4. **Die Personalbremse wirkt nicht bei Lehrern und Polizisten:**  
Lehrer und Polizisten sollen ausdrücklich von der „Personalbremse“ ausgenommen sein, um die Qualität der Bildung und die Sicherheit in Sachsen zu gewährleisten.
5. **Bezug auf die Erwerbstätigen im Freistaat Sachsen als wichtiges Signal an die Bürger, die Beschäftigten und die Wirtschaft im Freistaat Sachsen:**  
Die Anzahl der Beschäftigten soll sich auf die Erwerbstätigen im Freistaat beziehen, um eine realistische Einschätzung im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft zu gewährleisten.

6. Einführung eines Monitoring-Systems:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein effektives Monitoring-System einzurichten, um die Umsetzung der „Personalbremse“ zu überwachen und sicherzustellen, dass die Ziele der Personalbegrenzung erreicht werden.

7. Übergangszeitraum 5 Jahre:

Die „Personalbremse“ soll einerseits schnellstmöglich eingeführt werden, jedoch soll sie ihre volle Wirkung erst im Zeitverlauf entfalten, das heißt fünf Jahre später, um den Personalverantwortlichen im Öffentlichen Dienst eine angemessene Anpassungszeit einzuräumen.

Mit diesem Initiativantrag streben wir eine verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik an, die die finanzielle Stabilität des Freistaats Sachsen langfristig sichert, dabei jedoch die Schlüsselbereiche Bildung und Sicherheit angemessen berücksichtigt.

Überweisung (I-5)

Betreff:

Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge adäquat und fair in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die sächsischen Regionen verteilen - die Ungleichbehandlung beenden.

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

1. Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, dass in Sachsen bei der Verteilung in EAE Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachten und künftig unterzubringenden Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge adäquat und fair auf die drei sächsischen Regionen verteilt werden.
2. Zu diesem Zwecke ist ein bindender Schlüssel, vergleichbar mit dem für die Aufteilung auf die Länder in der Bundesrepublik geltendem Königsteiner Schlüssel, zu erarbeiten. Dieser soll entsprechend dem Bevölkerungsanteil, die Schaffung von Erstaufnahmekapazitäten und deren Belegung in den drei sächsischen Regionen regeln.